



Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses

am 16.03.2023 im Sitzungssaal Steinscheuer, Brückenstraße 7 in Weinstadt-Großheppach

Beginn: 18:00 Uhr, Ende: 19:38 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Oberbürgermeister Michael Scharmann

Mitglieder

Frau Hanna Bernhardt

Herr Ernst Häcker

Herr Jens Häcker

Herr Samuel Herbrich

Herr Uwe Hoffmann

Herr Michael Koch

Herr Walter Kuhn

Frau Daniela Mayenburg

Frau Dr. Annette Rebmann

Frau Ina Steiner

Schriftführerin

Frau Tina Paul

Außerdem anwesend:

Städtische Mitarbeiter

Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 1. | Jahresbericht 2022 des Kinder- und Familienzentrums (KiFaZ)
am Sonnenhang | BU Nr. 052/2023 |
| 2. | Digitale Kommunale Kinder- und Jugendarbeit
Vorstellung eines interkommunalen Projekts für eine
lebensweltorientierte und zeitgemäße Kinder- und Jugendarbeit | BU Nr. 030/2023 |
| 3. | Digitalisierung der Schulen - umgesetzte sowie bevorstehende Projekte | BU Nr. 042/2023 |
| 4. | Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes | |
| 4.1. | Abrechnung Investitionskostenzuschuss Kita Oberlinstraße 4/2 | |

1. Jahresbericht 2022 des Kinder- und Familienzentrums (KiFaZ) am Sonnenhang BU Nr. 052/2023

Frau Antje Helmond, kaufmännische Vorständin der Großheppacher Schwesternschaft, sowie Frau Dunja Hummel, Leitung des Kinder- und Familienzentrums am Sonnenhang, halten den Sachvortrag anhand der Beratungsunterlage und einer Präsentation.

Oberbürgermeister Scharmann dankt für den Vortrag.

Stadträtin Dr. Rebmann lobt die Arbeit. Sie habe Bedenken gehabt, ob die Angebote angenommen würden. Dies habe sehr gut geklappt, man sei angekommen.

Was sie interessiere sei, welche Personengruppen beim gemeinsamen Mittagstisch teilnehmen.

Eine Referentin äußert, es nähmen vor allem ältere Leute teil. Dies sei die Zielgruppe, es gehe schließlich darum eine Gemeinschaft am Tisch zu erleben. Viele Ältere hätten dies nicht (mehr), weil sie beispielsweise verwitwet seien.

Weiterhin möchte Stadträtin Dr. Rebmann wissen, wie das „Junge Wohnen für junge Frauen in der Ausbildung“ angenommen werde.

Eine Referentin führt aus, die Tradition des Hauses sei es, Wohnraum für Frauen anzubieten. Dies könne aufgrund der Situation der sanitären Anlagen nicht geändert werden. Die Mietverträge würden nur für die Dauer der Ausbildung beziehungsweise des Studiums abgeschlossen. Die Nachfrage sei groß, da bezahlbarer Wohnraum, gerade für junge Leute, schwer zu finden sei. Es gebe immer mehr Anfragen von Männern. Man prüfe derzeit die Möglichkeit, eine Wohngemeinschaft für junge Männer einzurichten.

Stadtrat Hoffmann lobt den Vortrag. Ihn interessiere, wie die Gruppen, also Krippe, Kindergarten und die altersgemischte Gruppe, besetzt seien.

Die Referentin führt aus, in der gemischten Gruppe gebe es noch fünf freie Plätze. Die restlichen Plätze seien alle vergeben.

Oberbürgermeister Scharmann stellt anschließend die Kenntnisnahme des Jahresberichts 2022 des Kinder- und Familienzentrums (KiFaZ) am Sonnenhang der Großheppacher Schwesternschaft durch das Gremium fest.

2. Digitale Kommunale Kinder- und Jugendarbeit **BU Nr. 030/2023**
Vorstellung eines interkommunalen Projekts für eine lebensweltorientierte und zeitgemäße Kinder- und Jugendarbeit

Herr Meyer, Stadtjugendreferent und Geschäftsstelle des Jugendgemeinderats, hält den Sachvortrag anhand der Beratungsunterlage und einer Präsentation.

Oberbürgermeister Scharmann führt aus, es handle sich hier um ein spannendes und wichtiges Projekt. Dieses im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit anzugehen, halte er für einen guten Schritt. Er sei gespannt, was dabei herauskomme.

Stadträtin Dr. Rebmann führt aus, dies sei ein spannendes Thema. Die Generation ihrer Kinder habe sich beispielsweise auf Facebook getroffen. Sei man als Eltern auf den Plattformen aufgetreten, seien die Kinder weg gewesen. Man müsse daher einen Treffpunkt finden, bei welchem die Jugendlichen unter sich seien. Man dürfe sich als Erwachsene nicht einmischen. Bei den Jugendlichen handle es sich um eine flüchtige Gruppe. Die seien nicht dort, wo die Erwachsenen auftauchten.

Herr Meyer äußert, dies müsse gelingen. Man wolle versuchen, die Kinder und Jugendlichen aus der virtuellen Welt „abzuholen“ und wieder in die wirkliche Welt zu bringen. Heutzutage sei es völlig normal, dass Jugendliche beispielsweise an einer Playstation spielten. Er könne sich Fußballturniere an einer Spielkonsole vorstellen. Man wolle die neuen Medien nutzen, die Kinder und Jugendlichen aber auch wieder in die Realität zurückholen.

Stadträtin Bernhardt möchte wissen, ob es Modellprojekte gebe, an welchen man sich orientieren könne. Sie sei über eine Computerspielgruppe in Stuttgart gestolpert. Diese hätte tolle Angebote für Kinder und Jugendliche.

Herr Meyer führt aus, man müsse als kommunaler Träger eine Möglichkeit finden, diesen digitalen Weg zu gehen. Man dürfe sich dabei allerdings nicht über die Leitlinien hinwegsetzen.

Oberbürgermeister Scharmann stellt die Kenntnisnahme durch das Gremium fest.

3. Digitalisierung der Schulen - umgesetzte sowie bevorstehende Projekte

BU Nr. 042/2023

Herr Beck, Leiter des Hauptamts, führt in die Thematik ein. Anschließend hält Herr Kämmer, Mitarbeiter beim Hauptamt, den Sachvortrag anhand der Beratungsunterlage und einer Präsentation.

Oberbürgermeister spricht ein großes Lob für die geleistete Arbeit aus. Herr Kämmer habe in den drei Jahren viel geschafft.

Er möchte wissen, ob die vor drei Jahren angeschafften iPads noch auf einem aktuellen Stand seien und wie lange man diese noch nutzen könne.

Herr Kämmer führt aus, die im Erstausstattungs-Programm angeschafften iPads könnten sicher noch drei Jahre benutzt werden. Diese Geräte könne man mit Updates bespielen, sodass die Sicherheit und Aktualität der Geräte gewährleistet sei. Sofern Geräte neu angeschafft werden müssten, seien diese dann sechs bis sieben Jahre verwendbar.

Auf die Frage von Stadtrat Jens Häcker, wie mit den Geräten, er bezieht sich dabei auf die 400 angeschafften iPads, umgegangen werde, äußert Herr Kämmer es seien alle Geräte in Betrieb. Während Corona seien die Geräte für das Homeschooling benutzt worden. Ob und wann die Geräte mit nach Hause genommen werden dürften, liege in der Eigenverantwortung der Schulen. Hierfür gebe es dann sogenannte Leihverträge. Derzeit befänden sich zwei Geräte in der Reparatur. In den knapp zwei Jahren habe es bei lediglich fünf Geräten einen Schaden gegeben. Dann achte man darauf, dass das defekte Gerät schnell eingesammelt und der Schaden analysiert werde.

Stadträtin Dr. Rebmann möchte wissen, ob die Lehrkräfte sowohl ein Apple iPad als auch einen Laptop erhielten.

Herr Kämmer äußert, dies sei nicht der Fall. Die Lehrkräfte erhielten entweder ein iPad oder einen Laptop.

Auf die weitere Frage von Stadträtin Dr. Rebmann, weshalb die Geräte mit unterschiedlichen Betriebssystemen bespielt seien, führt Herr Kämmer aus, die Geräte seien alle mit einem Windowssystem bespielt. Auch könnten alle Geräte mit den Displaytafeln gekoppelt werden. Die Lehrkräfte müssten im Alltag gut mit den Geräten arbeiten können. Deshalb habe man bei den Lehrkräften eine Befragung durchgeführt, welche Art von Gerät diese nutzen wollten.

Auf die Frage von Stadträtin Dr. Rebmann, weshalb nicht Apple MacBooks als Laptops angeschafft worden seien, erläutert Herr Kämmer, der Preis für ein MacBook liege in etwa bei 1.200 €. Für dieses Geld habe man mehrere Laptops beschaffen können.

Herr Beck ergänzt, bezüglich des Lehrkräfte-Ausstattungsprogramms sei damals die Devise gewesen, man statt die Lehrkräfte aus, aber eben nur bis das Budget erreicht sei. Man habe sich damals darauf geeinigt, dass die Kommunen diese Aufgabe für das Land übernehmen, um das Vorhaben schnell abzuwickeln. Man habe das Budget ausgeschöpft, mehr aber nicht.

Auf die Frage von Stadträtin Dr. Rebmann, wie die Lehrkräfte die Sache bewältigten und ob eventuell weitere Fortbildungen benötigt würden, führt Herr Kämmer aus, er stehe regelmäßig mit den Schulen in Kontakt. Bei der Beschaffung der Displaytafeln seien Schulungen mitvereinbart worden. Die Lehrkräfte hätten eine Grundlagenschulung erhalten. Sofern die Lehrkräfte noch Fragen hätten, helfe er vor Ort und stehe jederzeit zur Verfügung. Es gebe technikaffine Personen und eben solche, die es weniger seien. Die Displayhersteller böten Schulungen an. Dies sei den Schulen auch bekannt. So weit habe man bisher aber nicht gehen müssen. Das Feedback der Schulen sei gut.

Stadtrat Hoffmann dankt für den informativen Vortrag.

Er möchte wissen, ob die jetzt mit Beamer-Systemen ausgestatteten Schulen zukünftig auch Displaytafeln erhalten würden. Also ob man sukzessive aufrüsten wolle.

Weiter möchte er wissen, ob angedacht sei, weitere iPads zu beschaffen. Beispielsweise für die Computerräume und ob es hierfür weitere Förderprogramme gebe.

Zur ersten Frage führt Herr Kämmer aus, das Remstalgymnasium sowie die Erich Kästner Gemeinschaftsschule arbeiteten mit einem homogenen System. Man stehe auch hier in ständiger Kommunikation mit den Schulen. Sollten die Beamer kaputt gehen, sei man immer bereit, die Schulen neu auszustatten.

Zur Frage, ob weitere iPads angeschafft werden sollen, äußert Herr Kämmer, die Schulen hätten ein Digitalisierungsbudget. Hierüber könnten weitere iPads angeschafft werden. Bezüglich eines neuen Förderprogramms des Landes sei ihm nichts bekannt. Für den Informatikunterricht würden keine iPads benötigt. Hierfür gebe es die Computerkabinette.

Oberbürgermeister Scharmann stellt die Kenntnisnahme durch das Gremium fest.

4. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes

4.1. Abrechnung Investitionskostenzuschuss Kita Oberlinstraße 4/2

Herr Friedel, stellvertretender Leiter des Amtes für Familie, Bildung und Soziales, berichtet, die Kita sei Mitte September 2022 in Betrieb genommen und im Februar 2023 abgerechnet worden. Vertraglich vereinbart seien als Basis für den Zuschuss der Stadt bis zu 2.941.456,12 € Gesamtkosten. Diese beliefen sich auf 2.871.832,24 €, wobei es gegenüber den Einzelpositionen der Kostenschätzung zu leichten Verschiebungen gekommen sei. Abzüglich der erwarteten Zuschüsse nach der Verwaltungsvorschrift „Investitionskosten Kindertagesbetreuung“ in Höhe von 281.600 € ergäben sich als Basis für den Zuschuss Kosten in Höhe von 2.590.232,24 €. Der städtische Zuschuss betrage 70 %, dies entspräche 1.813.162,57 €. Da die kalkulierten Kosten leicht unterschritten wurden, führe dies zu einem ca. 50.000 € geringeren städtischen Zuschuss als geplant.

ZUR BEURKUNDUNG

Weinstadt, den

Vorsitzender

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Schriftführerin